



EPISODE 1



Chronologie

Ersteller: walter.linshalm@sml.i.at

Inhaltsverzeichnis

Erste Initiative (Hausverstand-Ansatz)	2
Ausarbeitung einer Image Studie	3
Ergebnisse im Detail.....	3
Lösungsvorschläge.....	4
Reaktionen des Bürgermeisters und seiner Sektion 14	5
Die „Abstimmung“ in der Mülldeponie.....	6
Zusammenfassung Initiative 1	6
Zweite Initiative (Rechtsmittel)	7
Einspruch beim Magistrat	7
Einspruch beim Verwaltungsgericht.....	8
Dritte Initiative (Gemeinderatswahl 2015)	8
Häufig gestellte Fragen während der ersten Initiative (2012)	9

Gender-Klausel: Die weibliche Form ist der männlichen Form gleichgestellt; lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde teilweise die männliche Form gewählt.

Eine Bürgerinitiative setzt sich zur Wehr

Als die Stadt die Wasser-/Kanalgebühren so extrem anhub, damit die Misswirtschaft in der fernen Stadt finanziert werden kann, formierte sich 2012 eine Bürgerinitiative*) und zeigte die Ungleichbehandlung der Heideansiedlung auf.

Daraufhin wurden zwar einige Korrekturen durchgeführt, aber das verfassungsrechtlich einklagbare Problem – ein abgetrennter Stadtteil, der öffentlich nur schlecht erreichbar ist – wurde von Bürgermeister Müller nicht einmal angesprochen...

*) Kernteam der Bürgerinitiative

- ▶ Franz Gschiel
- ▶ Walter Linshalm (Verfasser)
- ▶ Claudia Renner
- ▶ Gerhard Renner
- ▶ Franz Scheibenreif

ERSTE INITIATIVE (HAUSVERSTAND-ANSATZ)

Als im Oktober 2011 die Gutensteiner Straße für Stromleitungen aufgedigelt wurde, habe ich dem Herrn Bürgermeister vorgeschlagen, gleichzeitig die Sanierung der Oberflächenwasserableitung durchzuführen und etwas für das Ortsbild zu machen. Die Antwort des Stadtchefs lautete wie immer, dass „eh alles in Ordnung sei“.

Dass ich dieses „Schönreden“ NICHT mehr hören kann, habe ich ihm noch vor Weihnachten 2011 mitgeteilt und einen umfassenden Gegenbeweis angekündigt. Zwei gravierende Erlebnisse mit der Stadtgemeinde hatte ich davor:

- » „30 Jahre Verwechslungen jeder Art“ (gleiche Hausnummern in der gleichen Straße – nur 400 m auseinander in der Heideansiedlung und in Steinabrückl)
- » „2 Jahre Wintersperre der Brücke über das Tirolerbachl“ (weil für den Winterdienst zu entlegen, wird einfach der Zugang zum Spielplatz das halbe Jahr gesperrt).

In beiden Fällen konnte oder wollte sich der Ortsvorsteher im Magistrat nicht durchsetzen, bis wir Bürger die Sache selbst in die Hand nahmen.

Ende Jänner 2012 kam die Abrechnung mit drastisch erhöhten Wasser-/und Kanalgebühren und Stimmen wurden laut, dass die Kinder der HA keinen Platz mehr im KIGA Steinabrückl bekommen würden.

Das bewog ein paar Heideansiedler am 21.1.2012 die Benachteiligungen der HA endlich bewertbar zu machen und der Stadtpolitik aufzuzeigen.

Wir haben uns entschieden keine Unterschriften zu sammeln. Einerseits wollten wir nicht jene Bewohner, die bei der Stadt beschäftigt sind unter Druck bringen, andererseits hätten wir - um im Gemeinderat Gehör zu finden – rund 400 Unterschriften sammeln müssen, so viele wahlberechtigte Einwohner hat die Heideansiedlung gar nicht. Also haben wir eine Image-Studie mit Lösungsvorschlägen ausgearbeitet und dem Bürgermeister übergeben, damit er sie von einer Expertenkommission der Stadt bewerten lässt und anschließend über die weiteren Maßnahmen entschieden werden kann.

Wir haben die „Imagestudie“ mit den Lösungsvorschlägen am 19. März 2012 im Rathaus abgegeben und um einen Gesprächstermin gebeten. Um Druck zu erzeugen haben wir Tags darauf die Ausarbeitungen auch im Gemeindeamt WÖST abgegeben.

NACHDEM BGM Müller die Gesprächstermine verstreichen ließ, haben wir die Thematik in die Öffentlichkeit gebracht.

Ausarbeitung einer Image Studie

Fragestellung: Kann sich das Image der Heideansiedlung derart positiv entwickeln, dass der Stadtbezirk nicht mehr als benachteiligt gilt und als gleichberechtigter Teil von Wiener Neustadt anerkannt ist?

Definition Image: Image (deutsch Ruf) bezeichnet das innere Gesamt- und Stimmungsbild bzw. den Gesamteindruck, den eine Mehrzahl von Menschen von einem Gegenstand hat (z. B. von einer Stadt). Dieser Gesamteindruck ist eine subjektive Kategorie, er muss nicht objektiv richtig sein. Gleichwohl beeinflusst oder steuert er das Verhalten der Menschen, etwa das Kauf- und Wahlverhalten. Ein Image entsteht vor allem affektiv auf der Gefühlsebene und reflektiert positive sowie negative Assoziationen, wobei Informationen oder Wahrnehmungen anderer den Gesamteindruck mitprägen können.

Ergebnisse im Detail

Defizite/Minderleistungen im infrastrukturellen Bereich:
KEINE bürgerorientierte Führung: Hohe Zuschläge auf Wasser und Kanal aus dem Versorgungsbereich WÖST, obwohl verfassungsrechtliche Bedenken (Schlechterstellung der HA) bestehen bzw. die NÖ Landesgesetze Nachlässe für Härtefälle vorsehen
KEINE städtische Buslinie in die HA: Nachteile durch längere Intervalle und kürzere Betriebszeiten (werktags weniger Anschlusszüge in die Arbeit/Schule erreichbar bzw. Verkehr in die Stadt ab Samstag nachmittags überhaupt eingestellt) umständlicher Bezug der Gutscheine für den Stadttarif (tlw. unbekannte Modalitäten); unflexible Linienführung durch Gebietslizenzen (Stadtgebiet nur eingeschränkt nutzbar für Fa. Partsch)
KEINE gemeindeübergreifende Zusammenarbeit/Kooperation im Lebensraum: Arztpraxis, Postpartner, Nahversorgung oder sonstige standortaufwertende Maßnahmen überlässt man WÖST; kein gemeinsames Verständnis vom Ortsbild, keine gemeinsamen Aktivitäten für einen leistungsfähigeren ÖPNV (z.B. eine direkte Verbindung aus dem Piestingtal nach Felixdorf zur Südbahn ist kürzer, schneller und billiger als über WN und würde auch zusätzlich eine Zone in Richtung Wien sparen)
KEINE Zukunftsentwicklung in Sicht (pro Futura? Masterplan 2020?)
KEINE Unterstützung bei der Anbindung an Hochgeschwindigkeitsnetze (Teleworker brauchen Breitbandnetze →EU Förderthema)

Defizite/Minderleistungen im sozialen Bereich:
VERGESSENER Stadtteil (geringe Kompetenzen/unklare Aufgaben der Ortsvorsteher, schwaches politisches Engagement des Gemeinderats)
UNBEFRIEDIGENDE Information des Stadtteiles (z.B. Trinkwasserproblem wird nicht im Amtsblatt veröffentlicht, BGM-Sprechstunde wird im SPÖ Schaukasten angekündigt, keine Informationsbroschüre über HA-Spezifika, auch nicht auf Gemeinde-Homepage)
GERINGE Förderung des Freiwilligenwesens (Verschönerungs-/ Pensionisten-/ Tennis-/ Gesangs-/ Elternverein, Feuerwehr,...)
FEHLENDE Motivation der Bewohner zur aktiven Mitgestaltung der HA (Ortsausschuss?)

Defizite/Minderleistungen im städtebaulichen Bereich:
Funktionale ENKLAVE (nur über fremdes Gemeindegebiet erreichbarer Ortsteil, vergleichbar mit einer eigenen Katastralgemeinde bzw. mit Nebenwohnsitzbürger von WÖST) Gemeindezentrum 8 km entfernt, Taxis, Pizzadienste, etc. verlangen mehr Fuhrlohn (Verlassen der Stadtgrenze), ...
KEIN eigener Kindergarten/Hort seit Jahrzehnten bekanntes Problem, immer wieder mussten HA-Kinder zurückgestellt werden, weil in Steinabrückl kein Platz war (2. Wahl Bürger!) – nie wurden sozial nachhaltige Lösungen ausgearbeitet, obwohl geförderter Wohnraum gebaut wurde (+25% mehr Einwohner in 2012). Erst auf Druck der Bürgerinitiative wurde ein Shuttlebus zum 8 km (!) entfernten KIGA eingerichtet, was zwar logistisch entlastet, aber ein Thema bleibt (mit 3 Jahren Pendler nach WN, ab 6 in die VS nach Steinabrückl → neues Umfeld, andere Freunde, etc.)
KEINE soziale Infrastruktur wie Sport-, Kommunikations-, Kultur-, Freizeiteinrichtungen, Kirche, Friedhof, etc. (Ausnahme: Kinderspielplatz)
PROBLEMATISCHER Umgang mit der österr. Raumordnung (nach innen statt nach außen wachsen): Neue Wohneinheiten und Bauplätze werden genehmigt, obwohl weder soziale Infrastruktur noch städtische Verkehrsmittel vorhanden sind, Siedlung in der Siedlung
KOMPLIZIERTER Grenzverlauf für Einsatzfahrzeuge, Personennahverkehr und Botendienste (Verzögerungen/Mehrfachanfahrten, Häuser stehen in WÖST, Garten in der HA, fehlender Gehsteig, etc.)
KEIN einladendes Wohnumfeld (Straßenumfeld, Autoabstellplätze, Abstellhalden, etc.)
BEKANNTHEIT durch Mülldeponie - die man bei Niederdruck auch riecht

Lösungsvorschläge

Auf Basis unserer „Imagestudie“ haben wir auch die Lösungsvorschläge ausgearbeitet:

Lösungsmöglichkeit 1: „Besser managen“ (WN kooperiert mit WÖST)

WN verpflichtet sich in einer örtlichen Raumplanungsverordnung (mit Zielen, Maßnahmen und Erläuterungen) zur zukunftsorientierten Entwicklung der HA und setzt kompetente Gemeindevertreter ein, die auch die Kooperation mit WÖST koordinieren können.

Erste Maßnahmen (Beispiele aus der Image-Studie):

- » Stärkung des „Wir-Gefühls“ mit Neustadt durch Einbindung der Bürger in Stadterneuerungsprojekte (Pro Futura, Masterplan 2020, etc.)
- » Verbesserung des öffentlichen Verkehrs (Zeiträume und Intervalle gleich dem städtischen Autobusnetz, alternative Linienführung zur Südbahn, etc.)
- » Verbindliche Vereinbarungen für die Nutzung der sozialen Infrastruktur in Steinabrückl
- » Senkung der Gemeindeabgaben für Kanal und Wasser auf Steinabrückler Niveau (gleicher Versorgungsbereich)

Lösungsmöglichkeit 2: „Abtreten“ (die HA wird mit WÖST fusioniert)

WN gibt nach gemeinsamer, sorgsamer Klärung aller organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Aspekte den Siedlungsteil der HA an WÖST ab (Zeitraum 3 Jahre).

Dabei werden auch eventuell durchzuführende Investitionen für die, von der Bevölkerung gewünschten Verbesserungen berücksichtigt (Ergebnis aus ExpertInnenkommission und gemeinsame Klärung der Detailbedingungen im Vorfeld).

Die Entwicklung des Lebensraums liegt ab dann in der Verantwortung von WÖST. Als erste Maßnahmen werden die Bürger der HA und Steinabrüchl in ein „Dorferneuerungsprojekt“ eingebunden.

Begehren der Bürgerinitiative

- » Wiener Neustadt (WN) hat die HA an WÖST delegiert, die Zukunftsentwicklung ist damit in der Hand einer fremden, nicht wählbaren Gemeinde. Das ist ungerecht.
- » Wir wollen nicht nur ein Anhängsel des fernen WN sein, sondern die Lebensqualität in unserem Lebensraum mitgestalten. Dazu ist eine wirksame Repräsentation der HA im Gemeinderat erforderlich.
- » Um den eindeutigen Willen der Stadtführung zu erkennen, ist kurzfristig ein örtlicher Entwicklungsplan mit Wortlaut (Ziele, Maßnahmen und Erläuterungen) auszuarbeiten und der Bevölkerung vorzustellen.
- » Mittelfristig ist auch ein gerechter Schlüssel zu entwickeln, der die Planung und Kontrolle der Investitionen je Stadtbezirk nachvollziehbar macht.

AN DIESER STELLE WIRD AUSDRÜCKLICH DARAUF HINGEWIESEN, DASS

- ▶ sich unsere Kritik NIE an die operativen Einheiten des Magistrats gerichtet hat (insbesondere nicht an FEUERPOLIZEI, BAUHOF und MÜLLABFUHR)
- ▶ sondern nur an die zu schwache kommunalpolitische Vertretung unsers Ortsteiles (UNGEACHTET der PARTEIZUGEHÖRIGKEIT).

Reaktionen des Bürgermeisters und seiner Sektion 14

Nach dem Erscheinen des ersten Artikels in der NÖN reagiert Herr BGM Müller mit der Falschmeldung „das kommt alles vom WÖST-BGM“. Seine Ortsfunktionäre verunsichern daraufhin die Bürger (was denn die Ummeldung alles kosten wird), mit der Bürgerinitiative setzen sie sich aber - trotz Gesprächsangebot - nicht auseinander.

In dieser Phase haben wir die unterschiedlichsten Motivationen der Menschen kennengelernt:

- ▶ So meinten einige Bewohner der HA, wir hätten zuerst fragen müssen, ob wir uns mit den Vorteilen/Nachteilen aus der Zugehörigkeit zu WN beschäftigen dürfen.
- ▶ Manche verwechseln den Begriff „Identität“ mit „Gesinnung“ und vergessen dabei, dass sie ihr ganzes Vereinsleben in Steinabrüchl verbracht haben.
- ▶ Noch niedrige Motive hatte ein anonymes Schreiben, aus dessen Umfeld heraus sogar die Neustädter Feuerwehr eingeschaltet wurde. Und der WN Feuerwehrkommandant war BGM Müller so verbunden, dass er mich durch Rechtsanwaltsbriefe mundtot machen wollte.

- ▶ Mein Recht auf persönliche Meinungsfreiheit lasse ich mir aber nicht nehmen und habe deshalb den Herrn Landeshauptmann um Unterstützung gebeten. Er ließ mir über den Bürgerservice des Landes NÖ Rechtsberatung zukommen und ich konnte damit die Angelegenheit abwehren.

In Summe überwog aber die Zustimmung - über die Gemeindegrenzen hinweg - bei weitem und es gab viele hilfreiche Anregungen.

Die „Abstimmung“ in der Mülldeponie

Am 4.5.2012 um 19:00 hat Bürgermeister Müller die Bürger der HA zur Abstimmung über den Verbleib bei WN eingeladen. Es erschienen rund 100 Heideansiedler (ca. 25 % der HA) im Areal der Mülldeponie, wo sich der einzige Veranstaltungssaal der HA befindet!

Bevor noch auf die Gründe der Initiative eingegangen wird, stellt BGM Müller öffentlich die Frage, wer bei WN bleiben möchte. Von der anwesenden Gruppe stimmen etwa $\frac{3}{4}$ für den Verbleib bei WN (das sind ca. 18% der HA).

Dass man auf dieses undemokratische „Abstimmen durch Handheben“ eingeht, ist vielleicht bei den Gemeindebediensteten verständlich, da sie um ihren Arbeitsplatz fürchten. Nicht nachvollziehbar ist, dass auch Vize-Bürgermeister Stocker einen derartigen Machtmissbrauch geduldet hat.



Unglaublich war das Verhalten der Anhänger von BGM Müller: Für sie zählte „Parteiräson“ mehr als das KIGA-Problem oder die ungerechte Behandlung der Heideansiedlung überhaupt.

Bezeichnend für die Führungsschwäche des BGM Müller war auch seine Antwort auf die Frage eines Bürgers, warum wir in der HA so hohe Aufschläge für Kanal und Wasser aus Steinabrückl zahlen müssen: „Sie haben recht, jetzt muss es genug sein, ich spür das auch, denn ich zahle ja selbst Gemeindeabgaben“. Armer Bürgermeister, muss um Mitleid für die eigene Misswirtschaft heischen.

Trotzdem hat die Bürgerinitiative ihre Öffentlichkeitsarbeit eingestellt:

1. weil es gelungen ist, die Benachteiligungen der HA in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken und einen Reifeprozess angestoßen haben
2. weil BGM Müller Zusagen für Verbesserungen gemacht hat
3. weil wir die HA nicht spalten wollen

Zusammenfassung Initiative 1

Wir haben mit unserer Bürgerinitiative die Heideansiedlung als vergessenen Stadtteil von Wiener Neustadt stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt.

Wir haben der Stadtführung die Defizite der Heideansiedlung gegenüber den anderen Stadtbezirken sachlich aufgezeigt und einen zukunftsorientierten Entwicklungsplan gefordert, damit sich der ökonomische Wert des Wohnstandorts nicht schlechter als im Stadtgebiet entwickelt.

Wir haben versucht, eine neue politische Kultur zu schaffen, die eine starke Bürgerbeteiligung ermöglichen sollte, was uns aber leider nicht gelungen ist. Wir hofften aber, dass wir bei einigen Mandataren das neue Denken angeregt haben und sie die nächsten Schritte zur Verbesserung unserer Lebensqualität setzen werden (für die sind auch diese „Lessons Learned“ bestimmt).

Folgende Verbesserungen für die Heideansiedlung sind seit der Bürgerinitiative eingetreten (Stand Mai 2014):

- ▶ Das Kindergartenproblem wurde entschärft (Shuttlebus zum 8 km entfernten Kindergarten am Anemonensee)
- ▶ Regensickerschächte für das „Platzl“ an der Gutensteiner Straße wurden errichtet (das Oberflächenwasser wird nicht mehr über die Gärten der Bürger abgeleitet)
- ▶ Die Altglas-/Altdosensammelstelle in der Blätterstraße wurde sturmsicherer und ansehnlicher gestaltet
- ▶ Die Randsteine beim „Rabattl“ in der Gutensteiner Straße gibt's jetzt auch auf der Seite der HA (einheitliches Ortsbild mit Steinabrückl)



Traurige Erkenntnis: Viele Probleme der HA waren dem Bürgermeister lange bekannt. Aber erst auf die **Abspaltungsdrohung wurde reagiert - WAS DAMIT UNSERE DAMALIGE VORGEHENSWEISE RECHTFERTIGT.**

ZWEITE INITIATIVE (RECHTSMITTEL)

Einspruch beim Magistrat

Als Einzelperson habe ich Berufung gegen die Gebührenvorschreibung vom 13.1.2013 mit dem Ziel erhoben, dass ein Expertenteam der Stadt unsere „Imagestudie“ bewertet und Grundlagen für eine Raumplanungsverordnung schafft. Dies wurde in erster Instanz abgelehnt, da man „nur Bescheide und nicht Vorschreibungen berufen“ kann.

Im Zuge meines Einspruchs gab es zwar eine Parteienanhörung, wo aber meine Einwände von der Magistratsbeamtin mit dem Satz „dafür sind die Grundstücke billig“ abgetan. Die Tatsache, dass wir keinen Baugrund kaufen wollen, sondern nur jene Infrastruktur einfordern, die unseren hohen Abgaben entspricht, versteht die Frau nicht (der Marktwert der Grundstücke in der Heideansiedlung liegt ca. 1/3 unter dem Wiener Neustädter Durchschnittspreis)!

Die Berufung wurde auch in zweiter Instanz abgewiesen.

Einspruch beim Verwaltungsgericht

Am 8.1.2014 habe ich den Abgabenbescheid vom 2.1.2014 beim Verwaltungsgericht beeinsprucht. Das Verwaltungsgericht stellte dabei fest, dass formal alles rechtlich abläuft. Das Gericht ist auch auf den Verdacht der Quersubventionierung (Rechnungshofbericht) nicht eingegangen und hat mich in **zweiter Instanz an den Verfassungsgerichtshof verwiesen!**

Die Erkenntnis des Verwaltungsgerichts war eine moralische Enttäuschung. Für den Weg über den VfGH braucht man Geld (Rechtsbeistand) und Zeit (so ein Verfahren dauert Jahre). Also blieb nur der politische Weg über...

DRITTE INITIATIVE (GEMEINDERATSWAHL 2015)

Im dritten Anlauf schlossen wir uns mit der Bürgerinitiative Badener Siedlung zur IG Wiener Neustadt zusammen. Mein Hauptziel war es bei der Gemeinderatswahl 2015 die absolute Macht des Bürgermeisters zu brechen.

Dies ist uns auch mithilfe der Oppositionsparteien gelungen!

Absolute Mehrheiten kommen im westlichen Europa kaum mehr vor, da der Schritt zur Diktatur oft nicht weit ist (siehe Türkei).
Aber es kommt auch auf die Führungsqualität des Vorsitzenden an: Unter Bürgermeister Müller traute sich kein Genosse die sozialen Probleme der Heideansiedlung offen anzusprechen, seit seiner Abwahl (2015), arbeiten seine ehemaligen Kollegen an den Lösungen konstruktiv mit...

Warum gibt es eigentlich die Bürgerinitiative?

Das Ziel der Bürgerinitiative ist die GLEICHBEHANDLUNG durch die Stadt, die entscheidend dafür ist, dass die Heideansiedlung keine „Häuseransammlung“ bleibt. Unser Standort hat die Größe einer kleinen Ortschaft, eine entsprechende Infrastruktur vor Ort gibt es aber nicht. Innerstädtisch sind wir nur über einen Regionalbus angebunden - wie jede andere Fremdgemeinde auch. Am Abend und an Sonn-/Feiertagen ist der Busverkehr in die Stadt komplett eingestellt.

Mit Wasser und Kanal werden wir aus Steinabrückl versorgt, wo auch unsere Kinder in die Volksschule gehen (bis vor kurzem auch in den Kindergarten). Solange Wasser und Kanal billiger als in Steinabrückl war und unsere Kinder auch dort in den Kindergarten gehen konnten, machte uns die weitere Entfernung ins Gemeindezentrum wenig aus. In den letzten Jahren stieg aber die Bürokratie und schließlich wurden die Gebühren noch so stark erhöht, sodass wir – die nicht mehr als Steinabrückl von Neustadt haben – jetzt auch noch die Schulden für die Misswirtschaft in der Stadt abzahlen müssen.

Was waren die Auslöser für die Bürgerinitiative im Jahr 2012?

Die Unzufriedenheit begann schon früher, manche Probleme wurden durch unsere Beharrlichkeit auch gelöst (Sperrung der Tirolerbachbrücke, Doppelnummerierungen in der Gutensteiner Straße). Aber Auslöser der Bürgerinitiative war die halbherzige Sanierung der GUTENSTEINER Straße, die 60 % ige GEBÜHRENERHÖHUNG (63 % innerhalb von 2 Jahren) für Wasser und Kanal und das KINDERGARTENPROBLEM, das schon beim ersten Bauabschnitt der W. Congreve Siedlung ignoriert wurde.

In der zweiten Bauphase hat BGM Müller 13 Monate lang die Frühwarnung des Wöllersdorfer Bürgermeister in DER SCHUBLADE LIEGEN LASSEN und die neuen Mieter NICHT rechtzeitig informiert, dass sie HIER KEINEN KINDERGARTEN MEHR HABEN, was sicher den Vertragsabschluss in ein anderes Licht gerückt hätte!

Als wir das thematisierten, stellten sich Bürgermeister und Ortsvorsteherin unwissend und meinten, die Initiative sei politisch motiviert. Eine Partei, die das bundesweite Wahlergebnis ignoriert und glaubt die Wählerstimmen in Neustadt weiter auf Schuldenbasis kaufen zu können, kann sich offensichtlich nicht vorstellen, dass sich manche Bürger engagieren um das abzustellen.

Ist die Bürgerinitiative parteiunabhängig?

Hinter uns steht KEINE politische Partei. Wir agieren eigenständig mit dem Ziel die Lebensqualität in unserem Ortsteil zu verbessern und wollen deshalb wie ein richtiger Stadtbezirk behandelt werden.

Unser Wissen über das Gemeinderecht haben wir uns im Laufe der Zeit bei der Bürgerservicestelle des Landes NÖ geholt oder in Gesprächen mit Gemeinderäten der verschiedenen Fraktionen von Wiener Neustadt und Wöllersdorf-Steinabrückl gewonnen.

Ist die Bürgerinitiative für eine Abspaltung von Wiener Neustadt?

Die Abspaltung stand NIE IM VORDERGRUND, wurde aber in den Medien forciert. Wir geben auch zu, dass wir die „böse Berichterstattung“ genutzt haben, um unsere Situation schneller ins öffentliche Licht zu rücken, denn in Wahrheit sind wir nur „FORMALE“ Neustädter und keine „REALEN“ (Vergleich: FORMAL bekommt Zinsen für sein Sparbuch, REAL ist es aber ein Wertverlust, da die Inflation höher ist).

Fakt ist, dass wir Bürgermeister Müller im März 2012 [zwei Lösungsvorschläge](#) für die zukunftsorientierte Entwicklung unseres Standortes gemacht haben:

1. „Besser managen“ durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit (was aber nur erfolgreich ist, wenn in Neustadt ein neuer Führungsstil einkehrt),
2. „Fusion“ mit Wöllersdorf-Steinabrückl im Sinne des Strukturreformgesetzes von 1972 (Gemeindezusammenlegungen), was einfacher umzusetzen wäre, da die Verantwortungen von Haus aus klar gegeben ist.

Wer würde die Ummelde-Gebühren im Falle einer Fusion bezahlen?

Den Bürgern entstehen keine Ummelde Kosten, lediglich der Zeitaufwand für Behördenwege fällt an. Die Kosten werden vom Land (also allen Steuerzahler) übernommen, das sich aber wieder bei den jährlichen Transferzahlungen Geld spart. Längerfristig ist es also **für die Steuerzahler billiger**.

Warum ist die Bürgerinitiative nie „Unterschriften“ sammeln gegangen?

Um ein Thema im Gemeinderat zu behandeln, hätten wir rund 400 Unterschriften gebraucht. So viele wahlberechtigte Einwohner hat die Heideansiedlung gar nicht. Außerdem wollten wir verhindern, dass auf manche Unterschreibende persönlicher Druck ausgeübt wird. Deshalb haben wir einen sachlichen Vergleich ([Image-Studie](#)) mit anderen Stadtbezirken ausgearbeitet und auf einen aufgeschlossenen Bürgermeister gesetzt. An die Öffentlichkeit gingen wir erst, als er unseren Gesprächstermin verstreichen ließ.

Welche Vorteile haben wir von der Zugehörigkeit zu Neustadt?

Am öftesten wurde angeführt, dass bei den städtischen Schulen (HILA, HALM, BAKI) die Neustädter bevorzugt werden, was aber nicht zum Tragen kommt, da Schülermangel herrscht. Deshalb will auch BGM Müller die Schulen schon lange loswerden. Das städtische Pflegeheim kann man erst ab Pflegestufe 4 beanspruchen, wie alle anderen im Bezirk auch. Eine Zusammenschau aller maßgeblichen Umstände zeigt, dass die Zugehörigkeit zu Wiener Neustadt zahlreiche Nachteile für die betroffene Bevölkerung bringt, jedoch keine nennenswerten Vorteile für sie bewirkt.

Welche Chancen haben wir auf eine gleiche Behandlung durch Neustadt?

Hauptproblem ist unsere **Entlegenheit** und die **permanente Finanzschwäche** der Stadt

„Die Zahlen von Wiener Neustadt stechen heraus“ und es sei kein „sozialistisches Problem“, denn Neustadt wendet 84 % der Eigeneinnahmen für Personalkosten auf, St. Pölten hingegen nur 60 %. Die beste Statutarstadt Krems gar nur 40% - schreibt die NÖN im April 2014. Oder man erkennt selbst auf den Homepages der Städte, dass St. Pölten 10 Magistratsabteilungen hat, Wr. Neustadt aber 13. Das ergibt um 30% mehr Overhead-Kosten, höhere

Durchlaufzeiten und mehr Bürokratie. So sind die Schulden der Stadt auf rund 370 Millionen EUR gestiegen, weitere Kredite werden der Stadt nur noch erschwert gewährt - einen Spielraum für Zukunftsinvestitionen gibt es praktisch nicht.

Damit muss man nicht nur die politische Führungskompetenz des Bürgermeisters in Frage stellen, sondern auch die fachliche Kompetenz der Magistratsdirektion im Zusammenspiel mit den anderen Organen der Stadt.

Warum wehrt sich Neustadt gegen eine Abspaltung der Heideansiedlung?

Jede Gemeinde finanziert sich über Steuern und Gebühren und Transfereinnahmen (anteilige Lohnsteuer). Wiener Neustadt hat im Jahr 2013 EUR 3.573,-- für jeden Bürger erhalten (Wöllersdorf-Steinabrückl nur EUR 1.749,--, da es kein Theater, Hallenbad, Buslinie, etc. erhalten muss). Neustadt erhält also für jeden Heideansiedler fast das Doppelte, als Wöllersdorf für die Steinabrückler, hat aber viel weniger Kosten, da bei uns noch nie freiwillige Leistungen (Kindergarten, Kulturheim, etc.) erbracht wurden. Selbst die Pflichtaufgaben wurden bewusst reduziert (es gibt keine Gemeindestraße in die Stadt, beim Winterdienst streut man Sand statt Salz, Regionalbus statt innerstädtischem Bus, etc.)

Wenn man also eine Näherungsrechnung) anstellt, hat die Heideansiedlung in den letzten 50 Jahren 35,7 Millionen EUR eingebracht: **Wo sind die hingeflossen?***

**) 35,7 Mio. EUR = EUR 3.573 x 200 Einwohner x 50 Jahre*

Was versteht man unter „Pflichtaufgaben“ einer Gemeinde?

Weisungsfreie Pflichtaufgaben sind z.B. Stadtplanung, Gemeindestraßen, Verkehrsbetriebe und Müllbeseitigung. Die Gemeinden **müssen diese Leistungen erbringen**, können aber **entscheiden, auf welcher Weise** sie einer Aufgabe nachkommen.

Damit ist es sehr schwierig Forderungen aufzustellen, denn Neustadt könnte rein rechtlich gesehen die Gemeindestraßen in der Stadt asphaltieren und bei uns nur „sandeln“. Wir sind aber der Meinung, DASS DIE STADT seit der Stilllegung der Gemeindestraße (heutige Raketengasse) sowie der Einstellung der städtischen Buslinie ihre weisungsfreien (der Regionalbus fährt am Wochenende überhaupt nicht und an Werktagen in doppelt so langen Intervalle und kürzeren Betriebszeiten) ihre PFLICHTAUFGABEN NICHT ERBRINGT, .was beim Verfassungsgerichtshof anfechtbar wäre (Verletzung des Gleichheitssatzes).

Beispiel: Für das neue Stadion würde der Bürgermeister eine städtische Busverbindung realisieren, für unseren Ortsteil nicht!

Was versteht man unter „Örtliches Entwicklungskonzept“?

Das Örtliche Entwicklungskonzept und der Entwicklungsplan legen die Entwicklungsvorstellungen der Gemeinden fest.

Ausgehend von den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und unter Bedachtnahme auf überörtliche Planungen hat jede Gemeinde ein Örtliches Entwicklungskonzept aufzustellen. Entwicklungsplanung auf kommunaler Ebene soll dazu führen, dass man nach einem gründlichen Abwägen von möglichen Zielen und den dazugehörigen Maßnahmen zu einer realistischen - das heißt realisierbaren - Leitlinie für die Entwicklung einer Gemeinde zukommt.

Solange also die Heideansiedlung nicht in die Stadtplanung einbezogen wird, ist sie kein integrierter Standort. Bürgermeister Müller hat uns zwar 2007 zum „Stadtbezirk“ ernannt, ein „örtliches Entwicklungskonzept“ blockiert er aber. Versteht das WER?

Was versteht man unter „freiwillige Leistungen“ einer Gemeinde?

Freiwillige Aufgaben sind z.B. Wasserversorgung, Schulen, Kindergärten, Altenpflege, Theater, etc. Die Gemeinden erbringen diese Leistungen freiwillig, es gibt **KEINE staatlichen Rechtsvorschriften oder Weisungen**.

DAS IST GENAU DES PUDELS KERN. Wir wurden von der Stadt isoliert (Einstellung der direkten Verbindung über das Flugfeld), schlechtere Verkehrsanbindung, haben aber keine entsprechende soziale Infrastruktur. Das heißt, Treffpunkte wie Kindergarten, Schule, Bürgerservicestelle, Jugendtreffs, Post, Kirche, Friedhof, Arztpraxis, Kultursaal, Sportverein gibt es nicht. Das ist in jeder Gemeinde üblich und hat den Zweck, dass man bekannt wird, sich einbringen kann und so seine Persönlichkeit und Identität nachhaltig bestimmt.

In der Heideansiedlung gibt es nichts davon. Was haben wir also von der Zugehörigkeit zu Neustadt?

Warum fördert Neustadt bei uns nicht das Identitätsgefühl?

Der POLITISCHE WILLE die Heideansiedlung mit freiwilligen Leistungen mehr an NEUSTADT ZU BINDEN ist gering, da es nur wenig Wählerpotential gibt.

Eine eigene Organisation in der Heideansiedlung leistet sich die SPÖ (Sektion 14), deren Vorsitzende aber im Gemeinderat nicht stimmberechtigt ist. Die gewählten Gemeinderäte kommen eher selten in die Heideansiedlung.

DIE NACKTE WAHRHEIT ist, dass wir ein **MINDERHEITENPROBLEM** haben: Wir sind nur ca. 1% von Neustadt.

Fragen einer engagierten Bürgerin

(Name bekannt, Originaltext)

Kosten

Meiner Meinung nach, haben Sie diese Initiative nur ins Leben gerufen, weil Sie der Meinung sind, Sie bezahlen zu viel Gebühr nach WN und in Steinabrückl ist alles billiger und besser!

Haben Sie den von der Gemeinde Steinabrückl eine Garantie bekommen, das es auch in Zukunft so bleiben wird???

Wer sagt Ihnen denn, das in 2 Jahren die Gebühren nicht genauso hoch sind wie Sie sagen.

Wenn Sie das vorhersagen können, würde ich Sie ersuchen, uns einen Lottoschein für die nächste Ziehung auszufüllen.

Antwort:

Wiener Neustadt hat von 2011 bis 2012 um ca. 60% erhöht! Das ist verfassungsrechtlich bedenklich, da Gebühren zweckgebunden sind. Es besteht also der Verdacht, dass wir das Budget quersubventionieren, damit die Stadtführung weiter verschwenden kann.

Wöllersdorf-Steinabrückl hat die Gebühren um die übliche Indexsteigerung erhöht, da „normal“ gewirtschaftet wird und kein Schuldenberg abzuzahlen ist. Also gehe ich davon aus, dass auch in Zukunft „normal“ erhöht wird.

Es ist aber richtig, dass es die Initiative deswegen gibt, weil wir NICHT MEHR die Rechnung der Stadt zahlen wollen, ohne von ihr gleich behandelt zu werden. Wir sind nur „formal“ Neustädter, denn unsere Pensionisten, Tennisspieler, etc. gehen in Steinabrückler Vereine. Unser Kultursaal ist in der MÜLLDEPONIE, das Straßenumfeld ist zum Schämen!

Wir wissen, dass NIEMAND in der Heideansiedlung für den Kanal um 70 % mehr als die Steinabrückler bezahlen will. Nur unsere Ortsvorsteherin verhält sich still, da sie auf der Gehaltsliste der Bürgermeisterpartei steht... (warum geben Sie eigentlich IHR HARTVERDIENTES GELD für ungerechte Gebühren aus?)

Meine nächste Frage: wer bezahlt denn die Ummelde-Gebühren??? Die Gemeinde Steinabrückl??? Die Stadt WN??? Oder wir selber???

Bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch, aber wir haben weder die Zeit noch sehen wir ein, auch nur einen Cent von unserem hartverdienen Geld dafür auszugeben.

Antwort: Die Ummelde-Kosten hätte das Land NÖ bezahlt (Strukturreformgesetz 1972) also alle Bürger. **ABER:** Wiener Neustadt erhält für jeden Einwohner der Heideansiedlung EUR 3.573,-- pro Jahr aus Steuer-/Gebühren- und Transfereinnahmen - Wöllersdorf für jeden Steinabrückler nur EUR 1.749,--. **Das heißt das Land hätte um die Hälfte weniger Transferkosten zu zahlen, was in relativ kurzer Zeit die Ummelde-Kosten herein bringt.**

Die Bürger aber hätten sich sofort Geld erspart (ca. € 300,- ein Einfamilienhaus, ca. € 200,- ein Reihenhaus und eine Wohnung ca. € 150,- pro Jahr).

Motivation der Bürgerinitiative

Meiner Meinung nach sollten Sie diese Probleme mit den zuständigen Gemeinderäten sachlich und vernünftig diskutieren, ohne gleich mit einem Austritt bzw. Übertritt der gesamten Heideansiedlung nach Steinabrückl zu drohen.

Antwort: Richtig, wir haben das auch erkannt und versuchen in der Stadtpolitik das Bewusstsein für die Gleichbehandlung der Heideansiedlung zu wecken. Das gelingt uns ganz gut bei der Opposition, nicht aber bei der SPÖ, da hier die Parteiräson vorgeht und andere Ansichten als die des Bürgermeisters nicht zugelassen sind.

Außerdem möchten ich festhalten, dass wir 2012 zwei Lösungsvorschläge gemacht haben (1. besser managen durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und 2. Abtreten im Sinne des Strukturreformgesetzes von 1972). Wir haben aber öffentlich in der Mülldeponie-Versammlung zugegeben, dass wir mit dem „Abspalten“ in der Presse mehr Aufmerksamkeit erregt haben, was uns auch richtig erschien, denn wir hätten ca. 400 Unterschriften gebraucht um im Gemeinderat Gehör zu finden - **so viele Wahlberechtigte hat die Heideansiedlung gar nicht** → Hinweis: auf die direkte Ansprache der Oppositionsparteien sind wir erst 2014 gekommen – man lernt dazu...

Imagebildende Defizite im sozialen Bereich

Aus welchen Gründen vermuten Sie, dass wir uns hier nicht wohl fühlen??

Haben Sie schon jemals mit uns persönlich gesprochen???

Wohnen Sie hier in der William Congrevestrasse????

Auch verstehen wir nicht was Sie mit geringe Wohnumfeld Qualitäten meinen?

Wir haben hier alles in der Nähe was wir zum Leben brauchen.

Keine Dauerhafte Ansiedlung? Da sollte man sich eher nach der Beschaffenheit der Wohnungen fragen. (Manche Wohnungstypen sind halt nicht für Familien mit 2 Kinder geeignet)

Nutzen kein Vorkaufsrecht? Ich denke, das warum, sollte schon uns überlassen werden. Wir hatten bzw. haben sicher unsere Gründe dafür gehabt.

Und da Sie ja nicht in der William Congrevestrasse wohnen, nicht in den Schriftverkehr mit der Genossenschaft involviert waren, steht es Ihnen in keinster Weise zu, darüber zu urteilen.

Als nächstes würden für uns die Immobilienwerte sinken!! Sollten Sie oder Ihre Kinder jemals Ihre Immobilie veräußern wollen, werden sie sicher nicht den gewünschten Preis dafür erzielen, weil es ist ja Steinabrückl! Da frag ich mich, ob diese Rechnung unterm Strich ein Gewinn ist?

Antworten:

Für Missverständliches muss ich mich entschuldigen, offensichtlich habe ich meine Informationen schlecht interpretiert. Dass Sie persönlich „hier alles haben“ verstehe ich auch, nur setzen wir uns ganzheitlich und generationenübergreifend mit unserem Standort auseinander. Besonders wichtig ist uns die Jugend, denn die müssen ja die Müller-Schulden abzahlen, ohne Leistungen erhalten zu haben.

Dass wir nicht Unterschriften sammeln gegangen sind habe ich an anderer Stelle beschrieben. Auch dass wir dieses komplexe Thema den Menschen gar NICHT erklären konnten, weil uns der Bürgermeister gleich durch dubioses „Handheben“ abwürgen ließ (wie sie selbst in der Mülldeponie miterlebt haben). Trotzdem haben wir viele Heideansiedler nachdenklich gemacht. Bei der letzten Nationalratswahl wurde die Heideansiedlung-SPÖ schon auf Platz 2 verwiesen.

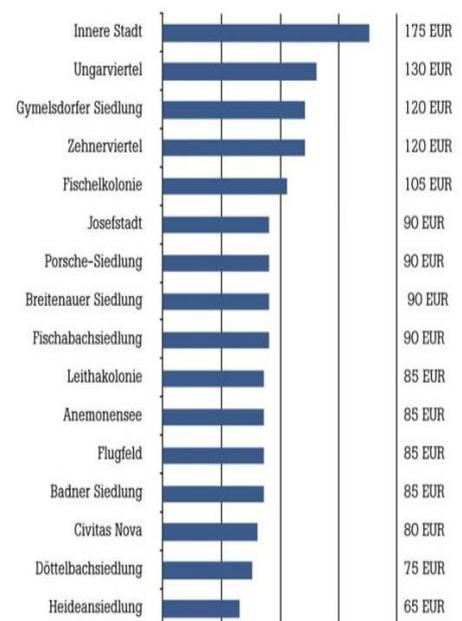
Mit Wohnumfeld meinen wir die Hauptstraßen (Gutensteiner Straße, Blätterstraße), deren Anblick uns als „Armenhaus“ von Neustadt bestätigt. Allein die Altglassammelstelle wurde vom Wind oft verweht und erst aufgrund unserer Initiative verkleidet – und das fand jahrelang direkt vor der Nase unserer Ortsvorsteher statt!

Was die Immobilienwerte betrifft, liegen die Marktpreise auf Steinabrückler Niveau, da wir eben nicht wirklich Neustadt sind und keine Infrastruktur haben.

Wir haben das auch in unserer Image-Studie angeführt (siehe Grafik), da jedes Haus in der Heideansiedlung MEHR an Wert verliert, da die Stadt keine soziale Infrastruktur vor Ort schafft.

PS: Falls Sie ihren Reihenhausanteil gekauft haben, sind sie hoffentlich nicht auf die Geschichte mit den höheren Immobilienwerten hereingefallen, denn wer auch immer Sie da beraten hat, hat entweder gelogen oder redet nur so dahin...

Grundstückspreise in WN (2011, Quelle



www.heideansiedlung.at

Fragen eines anonymen Bürgers

(die Antworten sind erst kommuniziert worden, als der Name bekannt wurde)

E-Mail 1

Von: Anonym [mailto:puls22@aon.at]

Gesendet: Mittwoch, 04. April 2012 17:10

An: walter.linshalm@smlt.at

Betreff: Kontaktformular

Sind sich die Bürger aller Ortsteile bewusst, was auf sie bei einer Ortszusammenlegung zukommt? Ich glaube nicht! Die Bewohner von Wöllersdorf/Steinabrückl kennen die enorm hohen Kosten der Ortszusammenlegung noch nicht, die sich aber sicherlich in einem sehr hohen sechsstelligen Bereich bewegen würden. Diese Kosten würden vermutlich nur über saftige Gebührenerhöhungen zu begleichen sein. Sind sich auch die Bürger der Heideansiedlung bewusst, welche Aufwand und welche Kosten auf die Einzelnen zukommen! Adressen ändern; KFZ Kennzeichen ändern (Kosten zur Zeit 162€) usw. Jeder einzelne hätte einen enormen Aufwand an finanziellen Mitteln zu tragen, auch die Zeit, die für die Adressenänderungen investiert werden müsste, wäre gewaltig.

Typisch „Anonym“: Nichts genau wissen, aber „gscheid“ reden.

1. Die Ummelde-Kosten hätte das Land NÖ bezahlt (Strukturreformgesetz 1972) also alle Bürger. ABER: Wiener Neustadt erhält für jeden Einwohner der Heideansiedlung EUR 3.573,-- pro Jahr aus Steuer-/Gebühren- und Transfereinnahmen - Wöllersdorf für jeden Steinabrückler nur EUR 1.749,--. Das heißt das Land hätte um die Hälfte weniger Transferkosten zu zahlen, was in relativ kurzer Zeit die Ummelde-Kosten herein gebracht hätte.
2. Die Bürger aber hätten sich sofort Geld erspart (ca. € 300,- ein Einfamilienhaus, ca. € 200,- ein Reihenhaus und eine Wohnung ca. € 150,- pro Jahr).

Dies alles nur weil sich ein paar frustrierte Bürger, welche sich bis jetzt auf kommunaler Ebene nirgends eingebracht habe, für ein politisches Ränkespiel hergeben.

Nicht alles ist gleich ein politisches Ränkespiel und nicht jeder ist frustriert. Aber „anonym“ Schreibende leben wohl in einer eigenen Welt.

Auch gehen Gerüchte umher, dass der sogenannte „Initiator“ vor nicht allzu langer Zeit die Postleitzahl von Wr. Neustadt beantragt hat, da die PLZ von Steinabrückl für seine Firma zu wenig repräsentativ war!

Hört nicht genau hin, was der Bruder sagt

1. Es ist nicht Ordnung, dass in derselben Straße - nur 300 m auseinander - die gleichen Hausnummern existieren. Das führt zu Fehlanfahrten – nachweislich auch bei der Rettung, wo es um Menschenleben gehen kann.
2. Ich habe nicht eine andere PLZ beantragt und trage meine Firma nach dem Meldezettel ein, so wie es die WKO vorschreibt (aber ich bin ja kein Heuriger, der sich auf der Homepage von Wöllersdorf-Steinabrückl einträgt).

Sollte jemand glauben, dass bei einer Zusammenlegung Busverbindungen entstehen, die Mülldeponie verschwindet od. die Gebühren niedrig bleiben, für den ist die Realität nur ein entfernter Silberstreif am Horizont. Da es bis jetzt auch keinen Bus nach Felixdorf (aus Steinabrückl) gibt wird es auch nach der Eingemeindung der Heideansiedlung keinen geben, da der Versuch einer Verbindung nicht einmal im Ansatz genutzt wurde (Die Kosten einer solchen Verbindung ohne Reisende wird sich keine Gemeinde leisten wollen).

Du weißt gar nicht, was alles möglich ist (redest dabei auch gegen deinen Arbeitgeber)

1. Wer hat das mit dem Bus nach Felixdorf in der Heideansiedlung kommuniziert? (war zwar eine gute Idee von der SPÖ Steinabrückl, aber zu klein angesetzt!)
2. WN bekommt für den öffentlichen Verkehr Geld vom Bund, da der öffentliche Verkehr zu den Pflichtaufgaben einer 40.000 EW Stadt zählt. In die Heideansiedlung ist der Bus am Wochenende und an Feiertagen eingestellt, d.h. die Stadt nimmt ihre Pflichtaufgaben nicht wahr und verletzt damit den Gleichheitssatz (was beim VfGH einklagbar wäre). So fachlich konnten wir das damals noch nicht formulieren, wir wussten nur, dass es ungerecht ist: Ein Krankenhausbesuch der Angehörigen am Sonntag mit dem Bus ist nicht möglich, ein Stadionbesuch auch nicht....
3. Apropos: Warum regst Du Dich als vermeintlicher „Gemeindevertreter“ nicht über die entgangenen Bedarfszuweisungen in WÖST auf? Das wären einige hunderttausend Euro im Jahr, was Steinabrückl fürs Abdecken der sozialen Infrastruktur ZUSÄTZLICH erhalten würde - ohne größere Mehraufwendungen tragen zu müssen. Das brächte mehr Ergebnis für die Gemeindegasse und mehr GEWÄHLTE Gemeindevertreter (2-3 für die Heideansiedlung – mit viel Stimmenpotenzial für ROT und Bürgerliste EBNER). *Warum lässt dich eine Bürgerliste eigentlich in ihrem Namen auftreten? Hängst Du vielleicht noch immer am Müller-Umfeld?*

Auch hätten Sie Ihr Kind nicht nach Wr. Neustadt mit dem PKW bringen müssen, sondern es gibt, aber vielleicht haben Sie sich nie erkundigt, Busverbindungen nach Wr. Neustadt. (Oder war es für Ihr Kind zu minder?)

Als „fahrplankundiger“ musst Du wissen, dass, wenn man den 7'er Bus von WN nach Katzelsdorf erreichen will, den 6'er Bus in Steinabrückl nehmen muss. Ähnlich ist es, wenn man in Mödling in die Schule geht.

1. Es ist uns also nicht zu minder, sondern unzumutbar.
2. Falls Du es noch nicht geschallt hast: Auch die Steinabrückler würden von einer besseren Busverbindung in die Stadt mitpartizipieren
3. Hast Du „klassenkämpferische“ Probleme?

Bezugnehmend zu Ihren Antwort: Natürlich haben Sie ein Recht Ihre Meinung zu äußern! Wenn Sie jedoch mit Ihrer Meinung Andere zu etwas nötigen wollen, so bewegt sich das meiner Meinung nach im diktatorischen Bereich. Sie agieren so nach dem Motto „Jeder hat ein Recht auf MEINE Meinung“ So jedoch geht freie Meinungsäußerung nicht!

Sagst DU

1. Wir haben 2 Lösungsvorschläge im Magistrat abgegeben und sind erst an die Öffentlichkeit gegangen, als sich der Bürgermeister taub stellte (was er bis heute macht).
2. Wir haben heute (Oktober 2014) alle Oppositionsfraktionen von der Ungleichbehandlung der Heideansiedlung überzeugt – *nur die Müller Genossen sind dagegen – das nenne ich Diktatur.*

Würde mich freuen, wenn auch diese MEINE kritische Meinung im Forum Platz findet, AUCH WENN ICH AUS VERSCH. GRÜNDEN VORERST ANONYM BLEIBEN WILL.

E-Mail 2

Von: S. [mailto:puls22@aon.at]

Gesendet: Donnerstag, 05. April 2012 19:13

An: 'Walter Linshalm'

Betreff: AW: Kontaktformular

Diese Antworten und die Nichtveröffentlichung zeigt dass es mit der Meinungsfreiheit bei Ihnen doch nicht so weit her ist, wenn hauptsächlich nur positive Meinungen veröffentlicht werden.

Als du NOCH UNTER ANONYM schriebst, hielten wir es nicht notwendig, auf so einen Stuss einzugehen. JETZT WO WIR WISSEN, WER DU BIST, HOLE ICH DAS NACH.

Ist es Angst, Mutlosigkeit oder Feigheit? Es ist halt leicht wenn man versteckt hinter einen Bildschirm alles attackieren kann ohne selber etwas zu machen.

1. Wir haben eine ganzheitliche Studie „gemacht“ und UNTER MEINEM NAMEN VERÖFFENTLICHT.
2. DU SCHREIBST ALS „ANONYMER“ ICH SEI MUTLOS?
 - Du beschimpfst mich durch das hinuntergekurbelte Fenster aus dem fahrenden Auto?
 - Du kommst mir am Bahndamm entgegen und hast Angst, mir ins Auge zu sehen?

S., es gehört Mut dazu, was wir gemacht haben. Nur Duckmäuser schreiben anonym.

Wichtig scheint mir bei dieser, für mich, dem Schwarzen Lager zugeordneten „Revolution“ nur zu sein: Wie kann man dem „ROTEN“ Bürgermeister in Wr. Neustadt schaden. Für mich ist es eine gelenkte Aktion bei der Sie und vermutlich einige andere, als Marionette, am Gängelband eines vermutlich noch „schwärzeren“ Mannes im Hintergrund agieren.

*„Wir alle leben unter dem gleichen Himmel, aber nicht alle haben den gleichen Horizont“
(Konrad Adenauer)*

1. ich hätte diese Initiative gegen jeden BGM gestartet, der überheblich sagt, es sei eh alles in Ordnung. Die Initiative ist sachlich begründet und hat sich medial nur durch das Verhalten des WN-BGM so entwickelt!
2. beruflich war mein Gängelband die Erfolgsbeteiligung, die Kundenorientierung mein Erfolgsfaktor. Politisch habe ich während der Initiative von allen Fraktionen gelernt, bin aber keiner Partei verpflichtet und wurde auch von keiner Partei angestiftet.

Ich kann mich als „Einheimischer“ nicht erinnern dass in der Heideansiedlung ein Haus abgebrannt ist nur weil die FF aus Wr. Neustadt kam, oder dass aus der Heideansiedlung jemand nicht begraben wurde...

Gibt es einen sachlichen Grund, mit dem du die Ungleichbehandlung der Heideansiedlung weg argumentieren kannst?

1. Offenbar hast Du vom Begriff „Identität“ noch nichts gehört. Am FF-Fest 2012 haben wir es gemeinsam gesehen, wie viele Heideansiedler aktiv dabei waren und damit den Lebensraum lebenswerter machen. Da gibt es aber auch noch den Pensionistenverein, den Tennisverein oder den Kirchenchor, wo auch viele Heideansiedler mitwirken.
2. WAS macht NEUSTADT FÜR unsere Identität? Am Wochenende können unsere Bürger nicht einmal in die eigene Stadt! Die Ortsvorsteher schweigen, wenn der KIGA plötzlich in den Anemonensee verlegt wird, den man praktisch öffentlich nicht erreicht. Werden sie für ihr Stillhalten bezahlt? So wie früher die Bauern, weil sie die Gründe der Stadt beackern durften ohne Pacht zahlen zu müssen? Was hat deinen Vater eigentlich bewegt, Unterschriften zu sammeln, damit Neustadt den Kanal verzögern konnte? Nicht jedem reicht ein Plumpsklo.

Weiters hätten Sie bis jetzt in Ihren Leben Zeit gehabt etwas zu ändern, jetzt ist es aus meiner Sicht die Tat eines Mannes der in der Pension mit seiner Zeit nichts anzufangen weiß und sich jetzt als Jeanne d`Arc der Heideansiedlung fühlen möchte.

Nie würde ich auf den Gedanken kommen, als Außenstehender Menschen in ihren Leistungen und Gefühlen zu analysieren/zu beurteilen.

1. Beruflich war ich dem Technologiewandel ausgesetzt und musste mich dementsprechend laufend ändern (im Gegensatz zu den eingefahrenen Arbeitsverträgen bei der Eisenbahn).
2. Privat habe ich meinen Kindern eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht und sehr viel Lohnsteuer gezahlt und damit einen größeren Beitrag für Allgemeinheit geleistet.
3. In der Pension habe ich jetzt Zeit, Dingen auf den Grund zu gehen. Ich möchte, dass die Heideansiedlung kein „vergessenes Haddörfli“ bleibt, der Lebensraum (inkl. Steinabrückl) mehr an Lebensqualität gewinnt und der Wert unserer Grundstücke steigt. Das heißt MEHR GERECHTIGKEIT.

Es stimmt dass die Bürger für die Ummeldung nichts zahlen, nur muss erst die neue Gemeinde dafür aufkommen. Und Sie können sicher sein dass die Bevölkerung von WÖ/ST über die Kosten informiert werden die auf die Bürger zukommen.

Hat dich die Bürgerliste EBNER aufgefordert zurück zu rudern? Es würde schon blöd aussehen, wenn sie solche Falschinformationen über ihre Plattform verbreiten würde. Aber, Du hast wahrscheinlich wieder nicht richtig hingehört: Es wäre für WÖST, für die Bürger und für das Land ein Gewinn. Nur Neustadt bekäme weniger – aber dafür bräuchten sie auch gar nichts mehr machen.

Bleiben Sie in Wr. Neustadt und schreiben Sie dort Ihre Hasstiraden in Briefform weiter – Steinabrückl hat schon einen der die Bevölkerung mit seinen geistigen Ergüssen „belästigt“.

Wenn du an dieser Stelle rückwärts liest, wie bezeichnest du deine Schreibweise?

⇒ ALLES KLAR, WARUM MAN ANONYME SCHREIBER NICHT ERNST NEHMEN SOLL?